

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Finanzkommission: Pensionskassen-Gesetz, Familien Ergänzungsleistungen und Änderungen zum Volksschulgesetz beraten.

Solothurn, 5. Juni 2014 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) ist mehrheitlich für eine Beteiligung der Gemeinden an der Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse und will den Teuerungsausgleich auf den Renten streichen. Ferner stimmt sie der Weiterführung des Projekts Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien und der Verlängerung des Schulversuchs zur speziellen Förderung in den Volksschulen einstimmig zu.

Die FIKO hat die Ausfinanzierung der Pensionskasse beraten. Sie stimmte einem Antrag zu, der verlangt, dass der Teuerungsausgleich auf Renten zukünftig zu streichen sei. Gemäss diesem Antrag werden nicht nur die aktiv Versicherten der Pensionskasse Solothurn einen zusätzlichen Beitrag zur Ausfinanzierung leisten sondern auch die Rentner und Rentnerinnen. Der Regierungsrat ist in seinem Vorschlag von einem gekürzten Teuerungsausgleich von maximal 0,6% ausgegangen. Die jährliche Verpflichtung von Kanton und Gemeinden von 21.6 Mio. Franken könnten dank diesem Antrag um 7 Mio. Franken gesenkt werden. Sehr umstritten war in der Vergangenheit die Beteiligung der Gemeinden an der Ausfinanzierung der Kasse. Die FIKO sprach sich mehrheitlich für eine Beteiligung der Gemeinden aus, da diese als Arbeitgeber für die Ausfinanzierung der Pensionskasse ebenfalls in der Pflicht stünden. Auch stimmte die FIKO dem Vorschlag des Regierungsrates zu, das Pensionskassen-Gesetz dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

Familien-Ergänzungsleistungen

Die Familien-Ergänzungsleistungen wurden während vier Jahre ausgerichtet, um die Armut in Working-Poor-Haushalten zu verringern. Die FIKO stimmte der Verlängerung des Projekts für drei Jahre zu. Ursprünglich hat der Regierungsrat für die weitere Evaluation des Projekts eine fünfjährige Verlängerung gefordert. Die FIKO folgte jedoch dem Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission, die Ergänzungsleistungen für vorläufig weitere drei Jahre auszurichten. Die Kommission ist überzeugt, dass die Familien-Ergänzungsleistungen ein Erfolgsmodell darstellen, das es Working-Poor-Haushalten ermöglicht ohne Sozialhilfe auszukommen. Sie hofft mit der Verlängerung des Projekts auf eine zusätzliche Effizienzsteigerung.

Spezielle Förderung an Volksschulen

Die FIKO stimmt einer Änderung des Volksschulgesetzes einstimmig zu, damit der Schulversuch spezielle Förderung um vier Jahre verlängert werden kann. Im Gesetz wird einerseits geregelt, dass der Kanton die regionalen Kleinklassen führt, andererseits wird die Übernahme der Kosten neu geregelt.